



Rat der
Europäischen Union

028846/EU XXVI. GP
Eingelangt am 03/07/18

Brüssel, den 20. Juni 2018
(OR. en)

9847/18
PV/CONS 32
JAI 606
COMIX 303

ENTWURF EINES PROTOKOLLS
RAT DER EUROPÄISCHEN UNION
(Justiz und Inneres)
4. und 5. Juni 2018

INHALT

Seite

1.	Annahme der Tagesordnung.....	4
2.	Annahme der Liste der A-Punkte	4
a)	Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten	

JUSTIZ

Beratungen über Gesetzgebungsakte

3.	Vertragsrecht – Richtlinie über den Warenhandel	5
4.	Richtlinie über Insolvenz, Restrukturierung und zweite Chance	5
5.	Brüssel-IIa-Verordnung: Neufassung.....	5
6.	Sonstiges.....	6

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

7.	EUStA-Verordnung: Umsetzung.....	6
8.	Strategie und Aktionsplan für die e-Justiz 2019-2023	6
9.	Sonstiges.....	6

JUSTIZ UND INNERES

Beratungen über Gesetzgebungsakte

10.	Elektronische Beweismittel	7
-----	----------------------------------	---

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

11.	Opfer von Terrorismus	7
12.	Sonstiges.....	7

INNERES

Beratungen über Gesetzgebungsakte

13.	Verordnung zur Änderung des Visakodex der Union	8
14.	Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und Neuansiedlung.....	8
15.	Sonstiges	8

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

16.	Migrationsfragen: Sachstand	9
17.	Terrorismusbekämpfung: Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen zuständigen Behörden	9
18.	Bereichsübergreifender Ansatz im Bereich der inneren Sicherheit: EU-Politikzyklus (2014-2017) zur Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität	9
19.	Zusammenarbeit zwischen GSVP-Missionen/Operationen und JI-Agenturen der EU	9
20.	Sonstiges	9

ANLAGE – Erklärungen für das Ratsprotokoll.....	10
---	----

*

* *

JUSTIZ

1. Annahme der Tagesordnung

Der Rat nahm die in Dokument 9371/1/18 REV 1 enthaltene Tagesordnung an.

2. Annahme der Liste der A-Punkte

a) Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten

9372/18

Der Rat nahm die in Dokument 9372/18 enthaltenen A-Punkte einschließlich der zur Annahme vorliegenden COR- und REV-Dokumente an. Die Erklärungen zu diesen Punkten sind im Addendum enthalten.

In Bezug auf die folgenden Punkte müssen die entsprechenden Dokumentenangaben wie folgt lauten:

Justiz und Inneres

8. Beschlüsse des Rates über die Aufnahme von Verhandlungen zwischen der EU und Drittländern über den Austausch personenbezogener Daten zwischen Europol und den jeweiligen Drittländern zur Bekämpfung von schwerer Kriminalität und Terrorismus
Annahme
vom AStV (2. Teil) am 29.5.2018 gebilligt

8956/18 + **COR 1**
9320/18 + ADD 1
9330/18 + ADD 1
+ **COR 1**
9331/18 + ADD 1
+ **COR 1**
9332/18 + ADD 1
9333/18 + ADD 1
+ **COR 1**
9334/18 + ADD 1
+ **COR 1**
9339/18 + ADD 1
9342/18 + ADD 1
+ **COR 1**
ENFOPOL

Institutionelle Angelegenheiten

Ernennungen

9. Zwei Mitglieder und sechs stellvertretende Mitglieder (DK) des Ausschusses der Regionen
Annahme
vom AStV (2. Teil) am 29.5.2018 gebilligt

8994/18 + **COR 1**
8993/18
CDR

Beratungen über Gesetzgebungsakte
(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

3. Vertragsrecht – Richtlinie über den Warenhandel
Orientierungsaussprache

OC 9261/18

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache über die in Dokument 9261/18 enthaltenen Fragen.

Dabei zeigte sich, dass der Rat klar und nachdrücklich dafür ist, ein einziges Regelwerk, nämlich die Vorschriften über den Warenhandel, auf alle Verbrauchsgüter, einschließlich Waren, die digitale Inhalte oder digitale Dienstleistungen umfassen ("intelligente Waren"), anzuwenden. Die Ministerinnen und Minister hoben hervor, wie wichtig einfache Vorschriften sind, die in der Praxis leicht anwendbar und technologisch neutral und zukunftssicher sind.

In Bezug auf die Abhilfen, die Verbrauchern bei Vertragswidrigkeit zur Verfügung stehen, und den Grad der Harmonisierung in Bezug auf die Dauer der Mindestgewährleistungsfrist bestätigte der Rat, dass der für die Richtlinie über digitale Inhalte gefundene Kompromiss ein guter Ausgangspunkt für die weiteren Beratungen über den Vorschlag zum Warenhandel darstellt. Ferner wurde darauf hingewiesen, dass Anpassungen vorgenommen werden sollten, wenn dies aufgrund der unterschiedlichen Art der Waren gerechtfertigt ist.

4. Richtlinie über Insolvenz, Restrukturierung und zweite Chance
Partielle allgemeine Ausrichtung

OC 9236/18 + ADD 1

Der Rat einigte sich über die in Dokument 9236/18 ADD 1 enthaltene partielle allgemeine Ausrichtung und nahm eine diesbezügliche Erklärung Deutschlands (siehe Anlage) zur Kenntnis.

5. Brüssel-IIa-Verordnung: Neufassung
Orientierungsaussprache

SC 9227/18

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache (Dokument 8886/18) über folgende Themen: freier Verkehr einstweiliger Maßnahmen einschließlich Schutzmaßnahmen, Unterbringung von Kindern in einem anderen Mitgliedstaat, weiteres Vorgehen zur Vollendung der Abschaffung des Exequaturverfahrens. Die Ministerinnen und Minister befürworteten in Bezug auf die beiden ersten Diskussionsthemen weitgehend, dass die Regeln weiter verstärkt und verbessert werden; in Bezug auf das dritte Thema gibt es im Rat genügend Unterstützung für eine Fortsetzung der Arbeiten im Hinblick auf einen Kompromiss auf technischer Ebene.

6. Sonstiges

- **Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge**
Informationen des Vorsitzes

Die Ministerinnen und Minister nahmen die Informationen des Vorsitzes über den Sachstand bei verschiedenen Gesetzgebungsdossiers zur Kenntnis.

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

Der Rat befasste sich mit den folgenden nicht die Gesetzgebung betreffenden Punkten mit Aussprache (Punkte 7-9).

- | | | |
|----|---|---------|
| 7. | EUStA-Verordnung: Umsetzung
<i>Sachstand</i> | 8939/18 |
| 8. | Strategie und Aktionsplan für die e-Justiz 2019-2023
<i>Informationen des Vorsitzes</i> | 8990/18 |
| 9. | Sonstiges | |
| | a) Missbrauch von Facebook-Daten: Austausch über
mögliche Reaktionen
<i>Informationen Deutschlands und der Kommission</i> | 9644/18 |
| | b) Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes
<i>Vorstellung durch Österreich</i> | |

Beratungen über Gesetzgebungsakte

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

10. **Elektronische Beweismittel**

9418/18

- a) **Verordnung über Europäische Sicherungs- und
Herausgabeanordnungen für elektronische
Beweismittel**
- b) **Richtlinie über rechtliche Vertreter zwecks Erhebung
von Beweismitteln**



Orientierungsaussprache

Im Anschluss an eine Orientierungsaussprache auf der Grundlage des Dokuments 9418/18 ersuchte der Rat die Kommission, die Fragen des direkten Zugangs und des Abfangens von Daten in Echtzeit auf Sachverständigenebene weiter zu prüfen und ihm im Oktober über die Ergebnisse zu berichten. Der Rat bestätigte ferner das gemeinsame Vorgehen der EU in Bezug auf das Gesetz "US CLOUD Act" (Clarifying Lawful Overseas Use of Data Act, Gesetz zur Regelung der rechtmäßigen Verwendung von Daten im Ausland) und das Zweite Zusatzprotokoll zum Übereinkommen von Budapest, über das im Europarat verhandelt wird. Der Rat ersuchte die Kommission, umgehend und möglichst vor dem Sommer Empfehlungen für Verhandlungsmandate vorzulegen.

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

Der Rat befasste sich mit den folgenden nicht die Gesetzgebung betreffenden Punkten mit Aussprache (Punkte 11-12).

11. Opfer von Terrorismus

9225/18

Gedankenaustausch

Schlussfolgerungen

9118/18

Annahme

12. Sonstiges

- Tagung der Justiz- und Innenminister der EU und der USA
(Sofia, 22./23. Mai 2018)

9278/18

Informationen des Vorsitzes

Beratungen über Gesetzgebungsakte

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

13. Verordnung zur Änderung des Visakodex der Union
Orientierungsaussprache



9484/18

Der Rat bestätigte das Ergebnis der Beratungen im Gemischten Ausschuss auf Ministerebene (Dok. 9974/18 JAI 620 COMIX 312).

14. Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und Neuansiedlung

9520/18



- a) **Dublin-Verordnung**
 - b) **Richtlinie über die Aufnahmebedingungen**
 - c) **Anerkennungsverordnung**
 - d) **Asylverfahrensverordnung**
 - e) **Eurodac-Verordnung**
 - f) **EU-Asylagentur-Verordnung**
 - g) **Verordnung über den Neuansiedlungsrahmen**
- Orientierungsaussprache/Sachstandsbericht*

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache über den Stand bei den das Gemeinsame Europäische Asylsystem betreffenden Dossiers, insbesondere bei der Dublin-Verordnung. Der Vorsitz kam zu dem Schluss, dass in Bezug auf die Dublin-Verordnung erhebliche Fortschritte erzielt wurden, dass jedoch noch weitere Arbeiten erforderlich sind.

15. Sonstiges

- **Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge**
Informationen des Vorsitzes

Die Ministerinnen und Minister nahmen die Informationen des Vorsitzes über den Sachstand bei verschiedenen Gesetzgebungsdossiers zur Kenntnis.

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

Der Rat befasste sich mit den folgenden nicht die Gesetzgebung betreffenden Punkten mit Aussprache (Punkte 16-20).

- | | | |
|-----|--|---|
| 16. | Migrationsfragen: Sachstand ¹
<i>Gedankenaustausch</i> | 9286/1/18 REV 1 |
| 17. | Terrorismusbekämpfung: Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen zuständigen Behörden ¹
<i>Gedankenaustausch</i> |  |
| 18. | Bereichsübergreifender Ansatz im Bereich der inneren Sicherheit: EU-Politikzyklus (2014-2017) zur Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität
<i>Orientierungsaussprache</i> | 8933/18 + ADD 1 |
| 19. | Zusammenarbeit zwischen GSVP-Missionen/Operationen und II-Agenturen der EU
<i>Durchführungsbericht</i> | |
| 20. | Sonstiges | |
| a) | Siebente Ministertagung im Rahmen des Brdo-Prozesses und zweites Treffen des Ausschusses für integrative Governance im Bereich innere Sicherheit (15./16. März 2018)
<i>Informationen Sloweniens</i> | 9063/18 |
| b) | Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes
<i>Vorstellung durch Österreich</i> | |

o
o o



erste Lesung



Besonderes Gesetzgebungsverfahren



Punkt auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags



Punkt im engeren Rahmen

¹ Ausnahmsweise in Anwesenheit der assoziierten Schengen-Länder.

ERKLÄRUNGEN FÜR DAS RATSPROTOKOLL

Erklärungen zu den die Gesetzgebung betreffenden B-Punkten in Dokument 9371/18 REV 1

Zu B-Punkt 4: **Richtlinie über Insolvenz, Restrukturierung und zweite Chance**
 Partielle allgemeine Ausrichtung

ERKLÄRUNG DEUTSCHLANDS

"Deutschland ist der Ansicht, dass der zu schaffende europäische Insolvenzrechtsrahmen geeignet sein muss, wesentliche Beiträge zum Abbau und zur Verhinderung notleidender Kredite zu leisten. Insbesondere sollte die in Titel V vorgesehene Erhebung der Beitreibungsraten (Art. 29 Abs. 1b) für alle Mitgliedstaaten verpflichtend sein, um im Kontext der Bankenunion einen Vergleich der Effizienz von Insolvenzverfahren zu ermöglichen."
